

Die kontinuierliche und differenzierte Auseinandersetzung der beiden Herausgeber*innen mit dem Themenkomplex Migration und Zusammenleben mit politischem Anspruch bildet einen Grundton aller versammelten Texte und Gespräche. Denn trotz aller Brutalität des europäischen Grenzregimes und der nationalen Perfidien legen Autor*innen und Gesprächspartnerinnen den Fokus auf Handlungsmöglichkeiten, auf politische Arbeit und ein gemeinsames Leben an jenen Orten, wo die Gleichzeitigkeit von Verschiedenheiten per se gegeben ist, den urbanen Räumen.

Ob Watch The Med – Alarm Phone, das City Plaza und weitere Initiativen im Stadtteil Exarchia in Athen oder die Tradition der Kirchenasylbewegung in Deutschland, es geht um Fragen von Bewegung und Ankommen. Unterstützung und Ermächtigung, Kämpfe um Wohnen und Mobilität in Städten, deren Politik von der Planung zur Entwicklung, von der Wahrnehmung administrativer Aufgaben zur Entwicklung von Stadtteilen unter den Vorgaben internationaler Immobilienkonzerne geht. Dagegen helfen Verbindungen von vielfältigem, zivilgesellschaftlichem Protest, wissenschaftlicher Parteilichkeit und institutionalisierter auch parteiförmiger Organisierung. Wer die Lebensqualität einer Stadt nicht in der exzessiven Gestaltung und Kommodifizierung sieht, vielmehr die Arbeit des Zuhörens (Spivak) schätzt und die Möglichkeiten von Commons in einer »Infrastruktur der Solidarität« wie auch in einer »Infrastruktur der Mobilität«, der mobile commons, erweitern will, findet hier reflektierte Erfahrungen.

»Was eine solidarische Stadt nicht ist, ist in der Stadt einfach nett zueinander zu sein.«

Dominic Kripp bringt in einem Gespräch über »die Suche nach einer bestän-

digen antirassistischen Praxis« zwei wesentliche Aspekte zusammen: die vielfach beliebte Kritik einer Identitätspolitik verfehlt den Kern dieses Anspruchs, »dass wirklich alle, sprich unabhängig vom Aufenthaltsstatus, Zugang zu sozialer Infrastruktur und zu Rechten haben.« (S. 208) Ein freundliches Miteinander ist meist wünschenswert, der Anspruch reziproker Beziehungen bedarf allerdings wieder der oben angeführten materiellen wie rechtlichen Voraussetzungen. Sind diese nicht gegeben – und davon muss auch unter Einhaltung des eigentlichen Minimalkonsequenzen der Menschenrechte ausgegangen werden –, dann steht »die Idee von Gleichheit«, die »substanziell getragen ist von einer Relationalität, also einem Sich-in-Beziehung-Setzen durch Praxis« vor diversen unbequemen Aufgaben. (S. 131)

Ein Weg des Handelns führt über den Aufbau von Institutionen, die davon entlasten, Solidarität in jeder Situation individuell oder kollektiv auszuverhandeln. Hier weist Serhat Karakayali in einem Gespräch auf die Kluft hin, die diesem Ansatz eingeschrieben ist: Der Aufbau von Institutionen mag auf nationaler Ebene noch einigermaßen funktionieren, diverse sozialstaatliche Versicherungsleistungen basieren auf dem Solidarprinzip, auf globaler Ebene und damit im Anspruch »für wirklich alle«, dem »politischen Projekt einer weltweiten Emanzipation« kommen wir damit nicht näher. (S. 134) Wie – ausgehend von diesem universellen Anspruch und unter Anerkennung dieser strukturellen Asymmetrie – konstituieren sich soziale Bewegungen? Anregungen für »eine neue transversale Politik zwischen Migration und Prekariat (...) als metropoler Aufstand« (S. 255) finden Sie hier. **I**

Niki Kubaczek/Monika Mokre (Hg.): *Die Stadt als Stätte der Solidarität*. Wien: transversal texts 2021, 313 Seiten.

Urbanismus – Munizipalismus – Postmigration